



Niederschrift

25. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Mai 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

Punkt 13 der Tagesordnung: Fahrradabstellanlagen in innerstädtischen Wohngebieten

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2021/0130

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorbereitung im Planungsausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir sehen diesen Antrag als einen wichtigen Teil für das in der Stellungnahme genannte Leitprojekt für nachhaltiges Parkraummanagement. Dieses Projekt wurde jetzt mehrfach angekündigt, in den vergangenen beiden Hauptausschusssitzungen beispielsweise und wir gehen auch deswegen davon aus, dass dieses Projekt und dieses Konzept dann auch in diesem Jahr noch kommt. Deswegen können wir einen Teil dieser Stellungnahme nicht ganz nachvollziehen, dass es eben 2021 nicht erfüllbar ist. Da wünschen wir uns auf jeden Fall eine deutliche Zusicherung, dass das Fahrradparken dann auch eben in diesem Konzept für nachhaltiges Parken ein elementarer Bestandteil ist, weil: sonst ist es aus unserer Sicht nicht wirklich umfassend und gesamtstädtisch geregelt, und dieser Anspruch wird eigentlich daran gestellt. Zu unserem ersten Punkt in dem Antrag: Wir wollten auch eine Übersicht über den Bestand an Stellplätzen. Auf diese Fragestellung sind Sie eigentlich gar nicht eingegangen und aus unserer Sicht müssen Sie eigentlich auch, um dieses Konzept uns präsentieren zu können, eben genau dies überblicken. Also, wie viele Stellplätze haben wir im öffentlichen Raum, wie viele sind davon bewirtschaftet, wie viele sind davon mit Verpflichtungen aus Bebauungsplänen belegt und wie viele Kfz haben wir eigentlich im Privatbesitz, die auf den Straßen dann noch untergebracht werden müssen heute, und dann kommt das Konzept ins Spiel, wie viele in Zukunft. In den weiteren Punkten wird geschildert, dass in den letzten Jahren immer schon Fahrradabstellanlagen in den Quartieren hinzugekommen sind. Das sehen wir auch an einigen Stelle. Allerdings sind wir der Auffassung, dass da wirklich noch mal ein sehr, sehr großer Sprung

gemacht werden muss und wir sehen eben diese Landes- und Bundesmittel als Förderung, als einfach eine sehr gute Möglichkeit, da auch ein klares Zeichen zu setzen. Also, wenn wir jetzt mit 50.000 Euro beispielsweise im Haushalt agieren würden, würden wir durch die Förderung in Fahrradabstellanlagen mit Dimensionen von 1 Million Euro finanziert bekommen, weil wir 95 Prozent der Kosten gefördert bekommen, wenn wir es in diesem Jahr noch beantragen. Wir sehen es gerade in den Wohngebieten als eine relevante Aufgabe an, wo die Fahrräder an den Hauswänden stehen, nicht abgeschlossen sind, weil eben zum Beispiel das Thema Fahrraddiebstahl die zweitschlechteste Note ist, die die Stadt Karlsruhe im Fahrradklimatest des ADFC erhalten hat. Das heißt, es ist wirklich ein massiver Handlungsbedarf, und da ist es, glaube ich, auch für die Bürgerschaft ein sehr gutes Signal, da voranzugehen und auch mal einen größeren Aufschlag zu machen und nicht zu sagen, das läuft so mit über die Jahre. Deswegen, eine Quote könnte eine solche Zielsetzung sein, mit der man auch die Ergebnisse dann messen kann. Wir sind aber auch für andere Lösungen offen, wenn diese in dem Konzept vorgestellt werden. Was wir allerdings brauchen, ist, dass eben in diesem Konzept über das Parkraummanagement eben auch eine klare Aussage zur Flächenverteilung im öffentlichen Raum drin sein wird. Wenn Sie uns das noch zusichern können über die Stellungnahme hinaus, dann sind wir damit zufrieden. Ansonsten wollen wir es abstimmen lassen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Jeden Samstag ist Badetag und einmal im Monat haben wir einen Antrag dieser Art und Güte seitens der GRÜNEN-Fraktion. Also, wie notorisch muss man eigentlich auf uns einwirken, dass immer wieder am gleichen Thema angeknüpft wird, ohne abwarten zu können, was beispielsweise in dieser Stadt an Konzepten und Untersuchungen und Sachverständigen-Einsätzen bereits angestoßen ist. Also, das zum Ersten, das ist wirklich jetzt langsam auch eine Zeitfrage, wo der Gemeinderat ständig damit befasst wird. Zweitens, wir warten jetzt einfach mal ÖRMI ab. Dort sind Analysen bisher getroffen, aber wir wollen jetzt gerne beteiligt werden und werden dann auch weitere Projekte verfolgen, so wie Sie das ja ganz gierig erwarten. Drittens, zu den Fahrradabstellplätzen in den innerstädtischen Stadtteilen, also ehrlich gesagt, wir sehen die Problematik bei weitem nicht so hochrangig, wie Sie das einschätzen. Das ist also weit überzogen, und ich kenne keinen Radfahrer, der nicht aus guten Gründen in dieser Stadt unterwegs ist, der wegen des Abstellens von Fahrrädern irgendeine Fahrradfahrt nicht durchführen würde. Also, ich glaube, da sind wir gut aufgestellt und ich weiß in allen Stadtteilen, dass sofort reagiert wird, wenn ganz besondere Missstände angezeigt werden. Die eigentliche Zielrichtung dieses Antrags geht wiederum gegen die PKW-Fahrer. Denn das ist Ihre Stoßrichtung, bitte, Verwaltung, zähl jetzt mal die Stellplätze in dieser Stadt ab, und 5 bis 10 Prozent dieser Stellplätze haben gefälligst umgewandelt zu werden. Das ist ein weiterer Vorstoß, Autofahrern sozusagen das Leben schwer zu machen. Bitte vergessen Sie nicht, dass wir vor nicht allzu langer Zeit durch den früheren Bürgermeister in diesem Amt mal ein faires Parken durch diese Großstadt getrieben haben, und das haben alle noch ziemlich leidvoll im Hinterkopf. Da sind viele gute Ergebnisse zwar rausgekommen, aber das oder in ähnlicher Weise unseren PKW-Mitbürgerinnen und -Mitbürgern, sage ich es mal so, noch einmal zuzumuten, ist unerträglich. Ich glaube, es wird sehr viel getan, die Vorlage der Verwaltung zeigt es. In vielen Dingen kann man mitmachen, aber ABM in dieser geforderten Art lehnen wir ab.

Stadtrat Zeh (SPD): Das Thema Mobilität beschäftigt uns alle als Fraktion. Es geht natürlich hier insbesondere um das Thema Verkehrsflächen und Verteilung der Verkehrsflächen. Wenn man aber sich noch einmal in Erinnerung ruft, wie lange wir gebraucht haben, um in Karlsruhe das Thema fair Parken durchzuführen, dann weiß man, dass es einfach zum Beispiel die Zahl der Kfz-Plätze im öffentlichen Raum nicht auf Knopfdruck aus der Verwaltung herausprudelt.

Letztendlich, kleine Randbemerkung von mir, steht hier in der Vorlagenantwort drin, keine Kosten, aber bei uns zumindest in einer großen Firma gibt es so etwas wie Personenmonate- oder Mannjahre genannt, also auch der Zeitfaktor, wie viel Personal braucht man denn für das, was erstellt wird. Wir sehen natürlich auch ganz klar, wir brauchen mehr Fahrradabstellanlagen, sowohl in der Innenstadt wie auch in den Stadtteilen, insbesondere natürlich die neuen größeren Fahrräder, die würden bei uns auch nicht mehr in den Fahrradkeller, der bei uns im Haus ist, reinpassen. Die haben einfach ganz andere Formate, die belegen teilweise einen halben Autoparkplatz. Auch wenn wir uns noch mal in Erinnerung rufen, diese Waldstraße-Umgestaltung, da ging es auch nur um ein paar Parkplätze, aber auch das war eine lange Diskussion, um die Bewohner auch mitzunehmen. Wir haben natürlich auch für das Thema Mobilität im innerstädtischen Raum das Thema Bewohnerparken letztendlich da. Deshalb ist natürlich das Thema Verkehrsflächen, wer erhält wie viel Anteil an Verkehrsflächen, ein sehr konfliktreiches Thema. Hier muss die Bevölkerung mitgenommen werden. Das geht einfach nicht auf Knopfdruck. Selbstverständlich wären wir auch bereit, wenn es solche Konzepte gäbe, Autoparkhäuser mit größeren Fahrradabstellanlagen umzugestalten. Dafür werden wahrscheinlich die öffentlichen Zuschüsse notwendig, nicht unbedingt nur für einzelne Stangen für die Fahrradabstellanlagen. Wir verstehen die Sturzrichtung der GRÜNEN natürlich selbstverständlich. Wir wollen aber auch die Bevölkerung komplett mitnehmen. Deshalb haben wir Verständnis für die Antwort der Verwaltung, dass es eben nicht auf Knopfdruck von heute auf morgen gehe und falls es zur Abstimmung gehe, würden wir uns mit der Antwort der Verwaltung einverstanden erklären, danke schön.

Stadtrat Jooß (FDP): Fahrradabstellplätze sind natürlich begehrt, ganz klar, aber ich habe die Erfahrung, in meinem Hof ist kein Platz mehr für Fahrräder. Es ist wahnsinnig belegt, und zwar in meinem Hof, in meinem eigenen Hof, und wisst ihr, wer den meisten Platz versperrt, das sind die SUVs, die langen Fahrräder, die so viel Platz wegnehmen wie drei Fahrräder. Früher hat man die Kinder auf den Gepäckträger genommen und festgekettet und man hat die Kinder auf die Fahrradstange gesetzt, man hat die Kinder auf den Lenker gesetzt. Heute braucht man die langen SUVs, die alles versperren und oft ein Ärgernis sind. Da müssten wir mal Einhalt gebieten. Das ist eine reine GRÜNE Sache. Ich habe noch nie einen Parkplatz für das Fahrrad suchen müssen, ich bin bisher immer durchgekommen. Tilman Pfannkuch hat es schon immer gesagt, es wird alles übertrieben in Karlsruhe. Ich komme überall durch, ich kann überall mein Fahrrad abstellen. Für mich ist das überhaupt kein Problem. Natürlich brauchen wir entsprechende Abstellplätze, und da müssen die Fahrradfahrer auch ihren Obolus dazu beitragen. Die Kfz-Fahrer zahlen Steuern, die Fahrradfahrer nicht. Das muss man halt überlegen, wie die Verhältnisse inzwischen aufgebaut sind. So auf Dauer kann das nicht weitergehen, dass die Fahrradfahrer subventioniert werden, und die Autofahrer müssen zahlen. Also, hier muss man mal klar deutlich machen, was eigentlich Sache ist, danke.

Stadtrat Schnell (AfD): Mit diesem Antrag haben die GRÜNEN eine weitere Front in ihrem gnadenlosen Krieg gegen das Auto eröffnet. Die nennt sich hier in der Ihnen eigenen unnachahmlichen Art Verbote, Beschränkungen oder Bevormundungen mit wohlklingenden Euphemismen zu verkleiden, nachhaltiges Parken. Dabei schrecken Sie auch nicht davor zurück, die Realität zu verleugnen und alternative Fakten in die Welt hinaus zu posaunen. In der letzten Sitzung war das die vermeintlich hohe Zahl der aufgrund zu hoher Geschwindigkeit von Autos verursachten Verkehrsunfälle. Heute sind es durch Fahrräder schrumpfende Gehwege. Auch nach der Abstellung eines Rades auf einem Gehweg, der mindestens 1,60 Meter breit ist, entspricht dieser immer noch den gesetzlichen Vorgaben, sprich er ist immer noch 1,60 Meter breit, und der

schrumpft also nicht. Dann muss für das Vernichten von PKW-Stellplätzen auch noch das Klima erhalten. Sie von den GRÜNEN können es halt einfach nicht lassen, permanent ihr One-Trick-Pony den sogenannten Klimaschutz vorzuführen, denn was Sie zu diesem in Karlsruhe veranstalten wollen, bewirkt rein gar nichts für das Weltklima. Es ist nicht mehr als ein Globuli für Ihr persönliches Klimagewissen. Es geht also nicht wirklich um das Klima, sondern um Umerziehung. Der CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak hat das neulich so formuliert: Sie wollen bevormunden und dafür sorgen, dass die Menschen so leben, wie es die grüne Partei gerne möchte. Ein Alt-Maoist in der Landeshauptstadt und Umerziehungslager in der Provinz, kommt Ihnen das aus der jüngeren Geschichte Südostasiens nicht bekannt vor? Und wenn Ministerpräsident Kretschmann sagt, es kann nicht sein, dass der Rote Milan über die Energiewende entscheidet, so macht uns das deutlich, dass diese Grünen Khmer, das ist übrigens ein Begriff, der vom SPIEGEL-Journalisten Alexander Smoltczyk bereits im September 2013 geprägt wurde, bei der Umsetzung ihrer Ideologien sich auch nicht scheuen, über Leichen zu gehen, und schließlich ist das Ganze auch noch unsozial. Der vom Biomarkt zurückkehrende Hybrid-SUV-fahrende Grünwähler, der seinen Ökorennpfanz in die Garage seines Eigenheims chauffiert, bemerkt diese wegfallenden Stellplätze noch nicht einmal, aber für die alleinerziehende Krankenschwester, die müde von ihrer Spätschicht in ihre zu kleine Mietwohnung heimkehrt, wird die ohnehin schon schwierige Parkplatzsuche dadurch erst richtig zur Hölle. Nein, diesen Antrag lehnt die AfD aus vollem Herzen ab, danke.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Schnell, ich würde Sie bitten, Ihre Rhetorik in der Zukunft zu überdenken.

(Beifall des Hauses)

Sie können sich auch nicht zurückziehen, einen nicht namentlich benannten Spiegel-Redakteur aus dem Jahr 2013 zu zitieren. Ein Vergleich mit der Politik einer Partei hier in diesem Raum mit den Khmer, unglaublichen Vorkommnissen in Kambodscha ist einfach völlig unanständig. Das nehmen Sie bitte hier zur Kenntnis, und ich würde Sie wirklich dringlich bitten, sich da in Zukunft ein bisschen abzurüsten, sonst kriegen wir hier an der Stelle wirklich richtig Ärger.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Erst einmal danke für die klaren Worte, ja, auch liebe Kolleg*innen, dass wir bei dem Thema Abstellmöglichkeiten dringend einen Sprung machen müssen, da kann ich mich meinem Kollegen anschließen und dass die Bedürfnisse von Fahrradfahrer*innen offensichtlich auf der rechten Seite keine Bedeutung haben, finde ich auch sehr interessant, denn es geht hier gar nicht darum, tagsüber, das ist nicht das Hauptproblem, einen Abstellplatz zu finden, sondern es ist vor allem nachts. Ich finde natürlich gut, dass wir uns das ÖRMI angucken, aber wir müssen auch dringend in die Stadtteile gehen, wo ja nicht nur die Besitzer*innen, sondern auch die Fahrräder zu Hause sind, und wenn ich da keine vernünftige Abstellmöglichkeit habe, wo ich nachts mein Fahrrad anschließen kann, dann ist es natürlich auch ein Diebstahlproblem, und das müssen wir in den Griff kriegen. Da haben wir mal endlich eine sinnvolle Präventionsmöglichkeit für alle Freunde der Sicherheit und Ordnung, und ich weiß selber, wie schnell Fahrräder aus Hinterhöfen hier in Karlsruhe geklaut werden. Da hatte ich auch einfach mal Glück, muss ich ehrlich sagen. Da haben sie bei Nachbarn etwas geklaut, da war meins zum Glück nicht da, aber das ist nur eine Randnotiz. Wenn wir jetzt von Subventionen sprechen, dann soll man mal erst mal loslegen mit der Erhebung von Punkt 1, wenn wir mal das Verhältnis von adäquaten Radstallanlagen, wo man sie anschließen kann und wo die vielleicht auch mal regensicher sind, im Verhältnis zu den PKW-Plätzen, nur die Anzahl, und dann spreche ich noch

gar nicht von den Quadratmetern, dann werden wir nämlich sehen, was hier subventioniert wird. Das möchte ich nur noch mal als Randnotiz machen und es geht natürlich auch generell um einen Mehrwert, nicht nur für die Radfahrerinnen und Radfahrer, sondern auch für die Stadt. Also, für mich ist es noch eine Utopie, aber ich wünsche mir das eines Tages, dass ich durch eine Stadt laufe, wo nicht jede Straße aussieht wie ein Autokaufhaus, vielen Dank.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich finde es sehr schade, dass dieser Antrag zu dieser Zeit kommt. Das By-Path-Programm ist zurzeit gelaufen, die Ergebnisse sind sozusagen in finaler Fertigstellung, warum jetzt gerade? Da geht es auch darum, um diese Fragestellung. Also, ich finde, es ist der falsche Zeitpunkt. Ein gewisses Anliegen, ist sicher richtig, wir haben viele Fahrräder und wir haben wenig Abstellplätze, keine qualitativ hochwertigen Abstellplätze. Also, deswegen ist es eigentlich heute nicht dran, darüber groß zu diskutieren, und ich möchte es auch nicht tun. Ich möchte eine Sache noch anregen, und zwar, es geht da drum, dass wir viele, zum Beispiel in der Südstadt und auch andere Stadtteile, in der Innenstadt, Höfe haben, und die Besitzer, wenn wir die unterstützen, dass die privat in die Höfe Radanlagen installieren, dann sind die Fahrräder schon von der Straße weg. Genauso will man sagen, dass die Autos von der Straße wegkommen, indem die Autofahrer ihre Autos in die Garagen reinstellen bzw. in ihre Höfe. Das ist eine Anregung, auch die Privatleute mitzunehmen. Ich finde, da kann man ganz viel tun. Also, bitte das nächste Mal solche Anträge im Gesamtkontext stellen und nicht einfach immer wieder zu wiederholen und dann einfach kriegen wir keine guten Ergebnisse so, danke schön.

Der Vorsitzende: Ich habe Schwierigkeiten damit, Herr Stadtrat Löffler, Ihnen grundsätzlich was zuzusagen. Ich habe aber auch Schwierigkeiten, dass man den Antrag jetzt irgendwie hier untergehen lässt, weil ich glaube, die Stoßrichtung ist klar. Wir haben zu wenig Abstellflächen im öffentlichen Raum für Fahrräder. Das ist ja seit Jahren hier schon Thema. Es wird mit der Ziffer 1 aber ein Auftrag gegeben, den wir schon vor einem fairen Parken abgelehnt haben, weil es dann nämlich am Ende zu einer Grundsatzdiskussion führt, die dem Vorhaben eigentlich schadet und nicht nutzt, sondern wir müssen bei diesem Thema Fahrradabstellflächen unterscheiden zwischen dem, was können wir auf privatem Gelände fördern, da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Kalmbach, was können wir im öffentlichen Raum zur Verfügung stellen. Da haben wir oft die Probleme, dass wir gar nicht den Platz haben, und wir haben auch das Problem, dass wir oft Bebauungspläne haben, die solche ergänzenden Geschichten nicht zulassen. Also, das Ganze hat eine hohe Komplexität, das will ich damit sagen. Deswegen sehe ich jetzt weniger den Weg über eine Gesamtkonzeption, sondern wir müssen uns besonders belastete Wohngebiete oder besonders beschwerliche Situationen raussuchen und sehr individuelle Lösungen finden. Wie wir das mit den Förderprogrammen, die ja jetzt übrigens auch von Herrn Scheuer aus dem Bund kommen, und das ist jetzt nicht unbedingt, sagen wir mal, einer, der verdächtigt wäre, jetzt hier eine ideologische Linkspolitik zu machen, ob wir damit kompatibel sind, kann ich nicht beurteilen. Mein Vorschlag an Sie wäre, dass wir unsere Fahrradexperten aus dem Stadtplanungsamt und vielleicht ein, zwei Vertreter der Fraktion einmal zusammenbringen und man mal versucht, einen gemeinsamen Weg zu finden, weil ich glaube, so eine Gesamtkonzeption bindet so viel Personal, wie wir im Moment gar nicht haben. Wir erheben dabei Daten, die wir aus meiner Sicht nicht brauchen, sondern wir müssen in einzelnen Wohnquartieren entscheiden, wie viel brauchen wir da, und wie kriegen wir das dort angeboten. Bei manchen wird es daran scheitern, dass die Privateigentümer nicht mitmachen, auch das gibt es. Das wäre jetzt mein Vorschlag zum Verfahren. Wenn wir uns da einigen könnten. Sonst kommen wir da, glaube ich, nicht weiter, weil die Sache selber ist, denke ich, auch grundsätzlich unstrittig, was ÖRMI, also

den eigentlichen Innenstadtbereich betrifft, da haben wir sicher mit ÖRMI einen guten Aufschlag. Frau Stadträtin Göttel, hier steht innerstädtische Wohnquartiere, also nicht alle Stadtteile, aber sicherlich die umliegenden um die Innenstadt. Da müssten wir uns das individuell angucken und es ist in der Tat so, dass mit den neuen Fahrrädern, aber auch schon mit den normalen, die Fußgängerwege zum Teil so eingeschränkt sind, dass es schon ein Problem ist. Das kann, glaube ich, niemand wirklich ernsthaft leugnen. Auch wenn Sie, Herr Jooß, um jede Ecke immer noch herumkommen. Das bestreite ich auch gar nicht. Mein Vorschlag wäre, dass wir das noch mal bilateral, also was heißt bilateral, GRÜNEN-Fraktion Verwaltung klären und dann würden wir natürlich mit einem Vorschlag in den Gemeinderat im entsprechenden Ausschuss gehen, weil das Ganze ja schon Konzeptcharakter haben muss, aber ich glaube, wir müssen uns erst mal über die Elemente unterhalten und dann können Sie entscheiden, ob Sie das richtig finden oder nicht.

Stadträtin Fenrich (AfD): Also, das Letztere, mal dessen ungeachtet, Herr Oberbürgermeister, was Sie jetzt angeboten hatten, den GRÜNEN, wenn ich das richtig verstanden habe, Stadtverwaltung und Antragsteller, also GRÜNE, dass man sich da ein Konzept ausdenkt, da hätte ich doch schon Bedenken. Das widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz. Das könnte nämlich so aussehen, Stadtverwaltung und GRÜNE und der große Rest, der mehrheitliche Rest des Gemeinderates kriegt dann das zur Vorlage und dann zur Abstimmung. Wenn das allerdings jetzt in dem Ausschuss dann vorberaten wird oder so, hat es damit sein Verwenden, aber die Bemerkung wollte ich mir doch erlauben, danke schön.

Der Vorsitzende: Es war im Planungsausschuss vorberaten und ich denke, wir kommen einfach an der Stelle im Moment über die normalen Ausschusswege nicht weiter. Ich nehme den Auftrag auch nicht an, mit den GRÜNEN jetzt ein neues Konzept zu machen, sondern ich nehme den Auftrag an, dass wir uns über das Erreichen zusätzlicher Abstellmöglichkeiten einfach noch mal verständigen, wie ein solcher Weg aussehen könnte, und dann kriegen Sie den natürlich vorgelegt. Das müssten wir im Rahmen des Parkkonzepts, was wir Ihnen versprochen haben, sowieso machen. Es geht eher um eine fachliche Klärung, dass wir da nicht in unterschiedlichen Erwartungsrichtungen rennen. Das ist eher ein fachliches Angebot, das ist kein Konzeptabstimmungsangebot. Wenn wir damit so verbleiben könnten vonseiten der Antragsteller, dann wäre mir das sehr recht, und dann brauchen wir das hier auch nicht zur Abstimmung stellen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. Juni 2021